

Ihr/e Gesprächspartner/in: M. Metz, M. Schulenburg, G. Piéla, B. Piéla-Jonda, G. Gassen

Verteiler: Vorsitzende(r), I, III, IV, 10,

Federführung:

Termin f. Stellungnahme:

erledigt am:

Antrag

Datum: 18.02.2009

Drucksachen-Nr.: 09/0063

Beratungsfolge

Rat

Sitzungstermin

11.03.2009

Behandlung

öffentlich / Entscheidung

Betreff

Keine Verlängerung der Start- und Landebahn des Flugplatzes Hangelar

Beschlussvorschlag:

1. Der Rat hebt seinen Beschluss vom 8. Juni 2005 zur Verlängerung der Start- und Landebahn des Flugplatzes Hangelar auf.
2. Der Rat beauftragt seine Vertreter in der Gesellschafterversammlung eine Verlängerung der Start- und Landebahn des Flugplatzes Hangelar abzulehnen.

Problembeschreibung/Fragestellung:

In seiner Sitzung am 8. Juni 2005 beschloss der Rat mehrheitlich, einer Verlängerung der Start- und Landebahn des Flugplatzes Hangelar unter bestimmten Bedingungen zuzustimmen.

Eine wesentliche Rolle bei dieser Entscheidung spielte für die Befürworter die Befürchtung, der Flugplatz Hangelar könnte sonst herabgestuft werden, würde dadurch weniger Landespersonal erhalten und die Flugplatzgesellschaft würde somit mit weiteren Kosten belastet. So ist im Protokoll der Ratssitzung folgende Aussage des CDU-Fraktionsvorsitzenden vermerkt „Die CDU-Fraktion spreche sich für eine Start- und Landebahnverlängerung aus, da anderenfalls der Flughafen langfristig nur noch den Sportfliegern zur Verfügung stehen würde. Der Status eines Verkehrslandeplatzes würde

verloren gehen.“

Die Sachlage hat sich nun geändert. Wie das Landesverkehrsministerium mitteilte, wird am Flugplatz Hangelar unabhängig von der Entscheidung über die Bahnverlängerung Personal in erheblichem Umfang abgebaut. Damit macht eine Bahnverlängerung mit Kosten von 3–4 Millionen Euro wirtschaftlich keinen Sinn, da weniger als ein Prozent des Flugverkehrs auf eine längere Start- und Landebahn angewiesen sind. Dieser verschwindend geringe Anteil des Flugverkehrs könnte die Investitionskosten für die Bahnverlängerung auch auf lange Sicht nicht decken.

Im Interesse des verantwortungsvollen Umgangs mit Steuergeldern sollte der Rat seine Entscheidung aus 2005 folgerichtig zurücknehmen.

M. Metz

gez. M. Schulenburg
gez. B. Piéla-Jonda

gez. G. Piéla
gez G. Gassen